

Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland



Ämtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Das „S. V.“ erscheint jeden Freitag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1.75 G.-M. zuzügl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1.75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Sendungen durch höhere Gewalt und Ausland rechtfertigen keine Erklärungsdrücke. : : Geschäftsstellen: Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Fernruf 2. Politisches Büro Köln 10 158

Geogr. 1840.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsort 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige; Kleinanzeigen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Textspalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Zustellung und Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Anschlag in Höhe der Bankzinsen.

Nr. 202

Olpe, Montag, den 15. Dezember 1924

84. Jahrg.

Kommt der Rechtsblock? Und wie stellen wir uns dazu?

An die neu gewählte Zentrumsfraktion des Reichstages, die in den nächsten Tagen in Berlin zusammentritt, gleichwohl aber auch an die neu gewählte Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages treten sofort sehr schwierige Entscheidungen heran. Wenn auch das Wahlergebnis ganz unverkennbar den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes für die Fortführung der ruhigen und geordneten Politik der mittleren Linie des Reichstages klar auspricht, so scheinen sich nun wohl doch die Dinge, für welche Kreise wohl überraschend, in ganz anderer Richtung zu entwickeln. Die Deutsche Volkspartei besteht trotz des Wahlergebnisses darauf, daß unter allen Umständen die Deutschnationalen mit in die Regierung einbezogen werden, und ein solcher Parteiblock geschaffen werden müsse, gegebenenfalls auch ohne die Demokraten. Vom Zentrum nimmt man offenbar von vornherein die Zustimmung für eine solche Operation an, jedenfalls hat die Deutsche Volkspartei es garnicht einmal für nötig gehalten, mit den bisherigen Koalitionspartnern, auch nicht mit dem Zentrum über ihre Ansichten vorher auch nur Fühlung zu nehmen.

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei schafft eine Situation, zu der klar und unzweifelhaft Stellung genommen werden muß. Und nun handelt es sich für die Zentrumsfraktion, die sich in diesen Tagen darüber entscheiden soll, einmal um die Frage, ob die Partei einen solchen Rechtsblock mitmachen will, oder ob sie sein Zustandekommen verhindern soll. Man darf über allem Geiste der volksparteilichen Forderungen und Beteuerungen nicht außer Acht lassen, daß es der Volkspartei garnicht einmal unerwünscht wäre, wenn das Zentrum ohne weiteres diese Entwicklung verhindern würde. Denn dann hätte die Volkspartei den erwünschten Vorwand, sich von der Verantwortung sofort zurückzuziehen, und alles weitere dem Zentrum zu überlassen. Für die Volkspartei ist nämlich maßgebend, daß in den allerersten Wochen sehr wichtige außenpolitische Fragen zu erledigen sind, die ganz gewiß nicht nach dem Rezept der Deutschnationalen gelöst werden können, bei deren Beordnung die Volkspartei nicht allein dabei sein möchte. Sie sagen, daß nun auch einmal die Deutschnationalen den Bockel herhalten sollen, denn sie würden, erst einmal praktisch tätig, sofort erkennen, daß auch sie nur mit Wasser spielen können.

Tatsächlich scheint der Rechtsblock im gegenwärtigen Augenblick unermesslich. Und wenn man die Dinge im Rahmen der großen außenpolitischen Fragen und der bevorstehenden Entscheidung darüber sieht, so muß man allerdings sagen, daß der Zeitpunkt, um die Deutschnationalen zur Verantwortung und dazu zu zwingen, ihren Versprechungen endlich einmal die Taten folgen zu lassen, jetzt gegeben ist. Das Experiment eines Rechtsblocks wäre ganz vergeblich gemacht, wenn nicht diese klare Situation dadurch auch herbeigeführt würde.

Bei der ganzen Stellungnahme, die das Zentrum bei der Reichstagsauflösung und im Wahlkampf eingenommen hat, ist es ganz selbstverständlich, daß ein solcher Rechtsblock weder unter der Führung des jetzigen Kanzlers Marx, noch unter der Führung eines anderen Zentrumspolitikers stehen könnte. Der Reichstagsleiter selbst hat für seine Person die Erklärung abgegeben, daß er eine solche Regierung nicht führen würde.

Ueber die Haltung der Zentrumspartei zu einer Rechtsblockregierung ist für den Augenblick nur zu sagen, daß die grundsätzliche Stellung für das Zentrum vorgegeben ist durch den Beschluß des Reichstagsleiters. Das Zentrum, das seit dem Zusammenbruch sich immer wieder gerade dort und dann zur Verfügung stellte, wo und wann Volk und Vaterland in Not waren, wird sich auch jetzt nur nach streng sachlichen Gesichtspunkten entscheiden. Es wird vor allen Dingen fragen müssen, welche Politik ein solcher Rechtsblock treiben wird, und welches die Mittel und Wege sein werden, die sein Wirken sichern sollen. Das Zentrum wird nie das Zustandekommen einer sachlich und vaterländisch arbeitenden Regierung verhindern, es würde auch ohne jedwede Voreingenommenheit dem Zustandekommen eines Rechtsblocks Hindernisse nicht in den Weg legen. Es würde auch die Tätigkeit einer solchen Regierung nicht stören oder sabotieren. Es würde aber sich vorbehalten, von Fall zu Fall zu jeder einzelnen Entscheidung Stellung zu nehmen und die Frage aufzuwerfen, ob eine solche Entscheidung mit der Politik der ausgeprochenen Grundsätze, die für das Zentrum eines der obersten Ziele sein wird, vereinbar ist. Unter diesem Gesichtswinkel allein auch wird für die kommende Zentrumsfraktion die Entscheidung darüber maßgebend sein, ob die Zentrumspartei als solche in einer solchen Regierung vertreten sein soll, oder ob sich die Beteiligung nur auf die Entsendung von fraktionsmäßig nicht gebundenen Mitgliedern, also von Sachministern in die Regierung beschränkt. Danach wird sich auch die Frage entscheiden, ob die Zentrumspartei eine fraktionsmäßige Bindung in einem solchen Kabinett eingetragene oder nicht. Nicht allein im Hinblick auf die unerhörte Art der Bekämpfung des Zentrums durch die Deutschnationalen, sondern ausschlaggebend in Betrachtung der gesamtpolitischen Einstellung der Deutschnationalen wird einer solchen fraktionsmäßigen Bindung die Zentrumspartei nicht zustimmen können.

Ist also ein Rechtsblock unermessbar — eines Tages muß einmal dieses Experiment gemacht werden, — und kann das Zentrum eine politische Entwicklung, die es für schädlich hält, nicht aus eigener Kraft verhindern, so wird es seine Aufgabe darin erblicken müssen, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß den Interessen von Volk und Vaterland, und vor allem der Lösung der gerade gegenwärtig wieder brennend gewordenen sozialen Probleme keine Schädigung widerfährt.

Die Minderheiten und die Wahlen.

Von einer besonderen Seite schreibt man uns: Diesmal haben die Minderheiten, allen voran die Polen, sich noch kräftiger zur Wahl gerührt als voriges Mal. Bekanntlich gelang es den Minderheiten im Mai nicht, einen Sitz im Reichstag zu erhalten, und auch diesmal fällt das so gut wie ausgeschlossen sein. Dagegen lassen bekanntlich im preussischen Landtag zwei Polen. Je nach dem, wie die Wahlerteilung im übrigen Deutschland ist, wird es den Polen gelingen, diese beiden Sitze zu retten. Ja, die Minderheiten machen sich sogar Hoffnung, daß an dritter Stelle ihrer Wadliste ein Däne in den Landtag gebracht werden könnte. Es sind ja namentlich Polen, Dänen und Wenden, die sich auf dieser Liste sammeln. Daneben kommen einige Litauer in Betracht. Die Wenden haben sich freilich erst nach schwierigen Verhandlungen bereitgefunden, gemeinsame Sache mit den Polen zu machen. Ihre Führer waren anfangs geneigt, diesmal mit dem Zentrum zu gehen. Das hat sich dann anscheinend nicht zur Zufriedenheit der wendischen Führer entwickelt, und so ist es dann bei der gemeinsamen Wadlistensatzung geblieben. Die Dänen dagegen sind ohne Befragung lediglich wieder mit den Polen gegangen. Allerdings handelt es sich bei den Dänen ja nur um eine sehr verschwindende Minderheit. Letztendlich bringen sie im ganzen Schleswig-Holstein etwa 7000 Stimmen zusammen, die aber nur zu einem Bruchteil als wirkliche Minderheit unmittelbar an der neuen Grenze anfallig sind. Alle anderen sind abgewanderte Schleswiger.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß der größte Teil der an 300 000 reichsdeutschen Polenstimmen faßlich ist, um sich das ungeheure einer solchen Sonderliste vorzustellen. Was wollen denn diese Polen erreichen? Lösungsbestrebungen werden sie weder versuchen noch überhaupt wagen können, zumal die große Masse der mitten im Reiche (Ruhr) nicht. Kulturell und kirchlich aber tun Zentrum und die katholische Kirche und Schule an sich schon alles u. d. d. und es ließe sich seitens der Polen bei gutem Willen noch mehr erreichen, wenn sie von der Unterminierungspolitik abbländen. So bleibt als Sinn in dieser geforderten Wahl nur die reine Obstruktion. Und daß sie allein Zweck der Uebung ist, hat sich in dem freundschaftlichen Zusammengehen zwischen Polen und Kommunisten im preussischen Landtag (zum Beispiel hinsichtlich der Schulverhandlungen) zur Genüge und mit aller Deutlichkeit erwiesen.

Polnisch wählen heißt daher nahezu kommunistisch sich entscheiden. Unbegreiflich bleibt doch andere Minderheiten das mitmachen und ihren Wählern gegenüber verantworten können. Und nun gar die rein germanischen Dänen im Bunde mit den Polen und Kommunisten! Dazu handelt es sich im Norden fast ausschließlich um Landbesitzer.

Aber das Resultat dieser Wahlen hat bereits in aller Deutlichkeit gezeigt, daß für diese Wahlmischpolitik im wiedergewählten Deutschland kein Boden mehr ist.

Sitzung des Vorstandes der Zentrumspartei.

MTB Berlin, 13. Dez. In der Sitzung des Vorstandes der Zentrumspartei des preussischen Landtages, am 12. Dezember in Berlin stattfand, waren alle Anwesenden der Ueberzeugung, daß die große Koalition aus Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, wie sie seit November 1921 in Preußen bestand, sich bewährt habe. Zu erstreben ist die Volksgemeinschaft, d. h. der Anschluß der Deutschnationalen an die große Koalition. Voraussetzung hierfür ist selbstverständlich, daß die deutschnationale Landtagsfraktion nicht Bedingungen für ihre Teilnahme stellt, deren Erfüllung von vornherein ausgeschlossen ist.

Das Zentrum und die Rentenversicherung.

MTB Berlin, 13. Dez. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wurde die Stellungnahme der Zentrumsfraktion des Landtages, in der sie sich für die bisherige große Koalition aus Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten ausspricht, in der gemeinsamen Sitzung, die am Freitagabend mit den Mitgliedern der Reichstagsfraktion abgehalten wurde, an der auch Reichstagsleiter Dr. Marx teilnahm, gebilligt.

Die Germania.

Zur Frage der Regierungsbildung.

MTB Berlin, 14. Dez. (Draht.) Zur Frage der Regierungsbildung schreibt die Germania: Der damalige Wirtsmann hätte vermeiden können, wenn die Parteien ihre Wahlpolitik höheren Gesichtspunkten unterworfen hätten. Schon im letzten Reichstag habe jemand gesagt, die Regierung der Mittelpartei zu führen. Die Logik der Tatsachen würde auf die große Koalition durch Einbeziehung der Sozialdemokraten und schließlich auf die Volksgemeinschaft durch Einbeziehung der Deutschnationalen führen. Das deutsche Volk möchte keine Regierung, die an Stelle der Vernunft Experimente fehe. Es gäbe vielmehr, wenn nicht unüberwinden. Die von der Deutschen Volkspartei angebotene Regierungskoalition aber sei ein bedenklicher Schritt nach rückwärts. In einer solchen Koalition könne sich das Zentrum, das den

Wahlkampf gegen die Deutschnationalen habe führen müssen, überhaupt nicht beteiligen. Das Blatt schreibt: Wir wissen wirklich nicht, wie mit den Deutschnationalen eine vernünftige Außenpolitik gemacht werden kann. Wir können uns nicht erklären, wie ein Kabinett mit deutschnationaler und volksparteilicher Mehrheit mit den außen- und innenpolitischen Fragen fertig werden will, deren Lösung jetzt vorgenommen werden muß.

Scharfe Opposition der Sozialdemokraten gegen eine Rechtsregierung.

Berlin, 13. Dez. Der Reichstagsleiter empfing heute die Führer der Sozialdemokratischen Partei. Anwesend waren die Abgeordneten Biels, Hermann Müller, Dittmann u. d. Hilferding. Die Sozialdemokraten haben eine Erklärung abgegeben. In der Erklärung sagen sie, sie könnten den Ausfall der Wahl nur dahin deuten, daß sie eine Bestätigung der Reichspolitik, besonders der bisherigen Außenpolitik, ergeben habe und daß daher nur eine Erweiterung nach links in Frage kommen könne. Die Sozialdemokraten kündigten für den Fall einer Rechtsregierung scharfe Opposition an. Der Reichstagsleiter hat keine Erklärung abgegeben, da er sich nicht in der Lage sieht, in dieser Hinsicht sachliche Verhandlungen zu führen.

Der Austritt des Kabinetts dürfte am Montag erfolgen, da durch den Zusammentritt der Fraktionen die Möglichkeit, Verhandlungen über die Neubildung der Regierung zu führen, gegeben ist. Die Fraktionen der Demokraten und der Deutschnationalen werden sich am Dienstag ver sammeln, das Zentrum, wie schon mitgeteilt, am Mittwoch, die Sozialdemokraten voraussichtlich am Donnerstag.

Kritische Probleme.

Die Regierungsfrage ist gegenwärtig nicht nur für das Reich, sondern auch für Preußen aktuell. Die Zentrumsfaktionen des preussischen Landtages und des Reichstages halten über die Behandlung dieser Dinge engste Fühlung. Es haben auch bereits eine Reihe gemeinschaftlicher Besprechungen stattgefunden. Sobald die Fraktionen offiziell zusammengetreten sind, wird die gegenseitige Fühlungnahme auch weiterhin ausgebaut werden.

Die Deutsche Volkspartei, die auch diesmal wieder ohne Not eine parlamentarische Krise heraufbeschworen hat, da durch, daß sie entgegen dem Sinn des Wahlergebnisses die Schaffung eines Rechtsblocks, eventuell, auch ohne Demokraten für das Reich fordernde, hat damit auch zugleich für Preußen eine sehr kritische Lage geschaffen. In Preußen bestand bisher hindurch die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich Sozialdemokraten, die auch durchaus günstig arbeitete und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gewährleistete. Auch die innere Entwicklung Preußens ist unter dem Zeichen dieser gemeinsamen Zusammenarbeit durchaus vorwärts gekommen.

Darum ist es jetzt auch viel schwieriger, in Preußen den gleichen Rechtsblock zu schaffen, dessen Schaffung die Volkspartei im Reiche anstrebt. Die Widerstände, die sich gerade auch in den Reihen des preussischen Zentrums gegen die Verwirklichung eines solchen Planes für Preußen erheben, werden sehr erklärlich, wenn man hört, daß die Deutschnationalen tatsächlich beabsichtigen, für den Posten des preussischen Innenministers den Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp vorzuschlagen. Das preussische Innenministerium bedeutet tatsächlich die große Opposition für die Deutschnationalen, denen ja bei allem Drängen, in die Reichsregierung hineinzukommen, doch in erster Linie der vorhergehende Anteil in der preussischen Regierung steht. Was für die katholischen Zentrumsverwaltungsbeamten in Preußen, insbesondere für die Landräte unter einem Regime eines Grafen Westarp zu erwarten wäre, brauchen wir hier wohl nicht näher angesichts der bekannten gesamtpolitischen Einstellung des Grafen Westarp auszuführen. In Erkenntnis dieser, von der Volkspartei heraufbeschworenen Schwierigkeiten, vor denen es den preussischen Volksparteilisten zu grauen beginnt, ist in deren Reihen tatsächlich der Plan erwachsen, gegebenenfalls die Dinge dahin zu lenken, daß in Preußen die große Koalition bestehen bleibt, wofür sich die Volkspartei im Reich von den übrigen Mittelparteien und von der Sozialdemokratie die Unterstützung oder doch mindestens Neutrallität für einen Rechtsblock verschaffen lassen will. Wie sich das allerdings gerade mit der von volksparteilicher und deutschnationaler Seite immer wieder vertretenen Forderung der Schaffung einer gleichartigen Regierung in Preußen verträgt, ist eine Frage, die die Deutsche Volkspartei selbst beantworten muß. — Aber diese Dinge zeigen, daß eine Fülle kritischer Probleme nunmehr aufgeworfen ist, von denen gegenwärtig kein Mensch weiß, wie sie zum Nutzen von Land und Volk gemindert werden können.

Neuregelung der Steuern.

Berlin, 12. Dez. Wie die Vossische Zeitung wissen will, beschäftigt der Reichsfinanzminister folgende Vorschläge zur Neuregelung der Steuer zu machen: Bezüglich der Einkommen- und Körperschaftsteuer 1924 soll der Entwurf eines Ueberleitungsgegesetzes geschaffen werden, auf Grund dessen unter bestimmten sachlichen Voraussetzungen — so z. B. gänzliche oder teilweise Stilllegung, Verlust, Verluste, sonstige Verluste u. d. — jedem Steuerzahler das Recht zustehen soll, um teilweise Rückerstattung der Steuern nachzusuchen. Für die Einkommen- und Körperschaft-

Kurze Berichte vom Tage.

Die Umwandlung des spanischen Direktoriums in eine zivile Regierung soll nahe bevorstehen.

Im Krankenzimmer Herreros fand ein Ministerrat statt. — Der Zustand des Ministerpräsidenten hat sich verschlechtert. — Poincaré ist an Grippe erkrankt.

Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wird Bayern eigene Vertreter entsenden.

Das Reichskabinett wird Montag zurücktreten. Chamberlain lehnte bei seiner Rückkehr nach London ab, vor seinen Besuch in Rom und Paris Erklärungen abzugeben, bevor er im Parlament gesprochen hätte, sagte aber, daß er von dem Ergebnis der Reise voll befriedigt sei.

Steuer 1925 sei geplant, die monatliche Vorauszahlung in eine vierteljährliche umzuwandeln. Die Handhabung der Vorauszahlung soll den individuellen Verhältnissen angepaßt werden. Bezüglich der Vermögenssteuer soll ein Bewertungsgegesetz per 31. Dezember 1924 geschaffen werden, das die Grundlage für alle steuerlichen Vermögensbewertungen geben soll. Die Bewertung soll von den Finanzämtern im engsten Zusammenarbeiten mit den wirtschaftlichen Kreisen vorgenommen werden. Die Umsatzsteuer soll auf 1 Prozent ermäßigt werden.

Eine zweite Verordnung zum Münzgesetze.

MTB Berlin, 13. Dez. Die Reichsregierung hat eine zweite Verordnung zum Münzgesetze vom 12. Dezember 1924 erlassen, in der eine Anzahl Befehle und Verordnungen des Reiches einzeln aufgeführt werden, in denen die Worte „Reichsmark“, „Reichsmark“, „Goldmark“ durch das Wort „Reichsmark“ ersetzt werden. An erster Stelle steht das Bürgerliche Gesetzbuch, nebst seinem Einführungsgesetz. Ferner wird der bisher auf Reichsmark lautende Wechselverkehr auf Reichsmark umgestellt. Auch im Steuer-, Straf- und Kostengesetz gilt nunmehr die Reichsmark. Ebenso wird die Verordnung über die Goldmarkbilanz dahin abgeändert, daß die Bilanzen künftig in Reichsmark aufzustellen sind. Sowie in Geldschaffungsstellen die Goldmark oder Reichsmark bereits zur Anwendung gelangt sind, tritt die Reichsmark ohne neuen Beschluß an die Stelle dieser Währungseinheit. Zugleich ist für künftig ergebende Beschlüsse eine Schutzfrist bis zum 20. Dezember gemindert worden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Der Etat für 1925 im Reichsrat.

MTB Berlin, 13. Dez. In der Sitzung des Reichsrates stand der Haushaltsplan für 1925 auf der Tagesordnung. Ministerialdirektor Ead gab einen Überblick über den Entwurf des Reichshaushaltsplanes. Er wies daraufhin, daß der Reichshaushaltsplan für 1924 zum ersten Male wieder auf der Grundlage der Goldwährung erarbeitet ist. In sachlicher Beziehung wird die Reichsregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes zu den bedärflichen Grundrissen der Finanzverwaltung zurückgekehrt, wie sie vor dem Kriege beobachtet wurden. Im außerordentlichen Haushalt erzielten nur die Ausgaben auf Grund des Sachverständigenratens, denen entsprechende Einnahmen gegenüber stehen, ferner ein Ausgabenposten der Schuldverpflichtungen des Reiches, im wesentlichen für Reparationsleistungen vor dem Beginn der Wirksamkeit des Sachverständigenratens. Die Reichsregierung gibt sich, wie sie in einem dem Haushaltsplan beigelegten Überblick dargestellt hat, der Erwartung hin, daß die allgemeine Lage im Rechnungsjahre 1925 es gestatten werde, die im Haushaltsplan ausgeworfenen Anleihenbeträge durch Unterbringung langfristiger Anleihen zu beschaffen. Ob dies in Zukunft möglich sein wird, wird bezweifelt werden können. Ist es jedoch nicht möglich, so wird der Anleihenbedarf zu einem Fehlbetrag für den eine Deckung nicht vorhanden ist, und den die Reichsverwaltung durch Sannspruchnahme zunehmender Schulden decken muß.

Der Reichshaushaltsplan beruht auf dem bisherigen auf recht unsicherer Grundlage. Eine einigermaßen zuverlässige Schätzung der Steuereinnahmen war bisher deshalb noch nicht möglich, weil eine Neuordnung der Steuererhebung im Gange ist und es sich noch nicht übersehen läßt, wie hoch die Steuererträge sich gestalten werden. Dies gibt auch eine gewisse Sicherheit darin, daß die Einnahmen an Steuern und Verbrauchsabgaben im Rechnungsjahre 1924 bis jetzt den Fehlbetrag beträchtlich übersteigen haben; doch ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß das Ertrag der Einkommen- und Körperschaftsteuern den des Vorjahres nicht erreichen wird.

Ein zweiter Grund der Unsicherheit besteht darin, daß der bisherige Finanzvergleich mit den Einnahmen zum 31. März 1925 abläuft.

Ein dritter Grund liegt darin, daß zwar Reparationsleistungen den Haushaltsplan nicht belasten sollen, daß aber gleichwohl für das zweite Reparationsjahr eine Leistung von 50 Millionen Reichsmark von dem Reichshaushaltsplan verlangt wird, die zur Hälfte aus der Beförderungsteuer, zur anderen Hälfte anderweitig gedeckt werden soll und für die Reichsregierung empfohlen wurde, den Reichsanteil durch den Verkauf von Staatsanleihen der Deutschen Reichsbankgesellschaft zu decken.

Die Reichspost und Reichsbahn erscheinen nicht mehr im Reichshaushaltsplan. Ein reiner Ueberfluß der deutschen Reichspost ist noch nicht eingetieft worden. Eine Dividende für den Besitz des Reiches an Aktien der Deutschen Reichsbankgesellschaft ist gleich-

falls noch nicht eingestellt. Ob und in welcher Höhe eine solche erwartet werden kann, läßt sich umso weniger übersehen, als die Reichsbahn durch die Befestigung der Schienen, die in der Zeit der sogenannten Kriegserwartung im besetzten Gebiet entstanden sind, schon mit einer hohen Ausgabe belastet wird.

Wenn der Reichsbahnplan für das Jahr 1925 mit einem gesamten Anlagebedarf von 277,4 Millionen Reichsmark abschließt, der zunächst ein ungeheurer Preisbetrag ist und der sich, soweit nicht durch Verkauf von Vorkursaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft, als Gegenwert für die Reparationszahlungen gewinnen läßt, so heißt das, daß von einer durchgreifenden Besserung der Finanzlage des Reiches, wie sie das Ziel der Sachverständigenberatungen bilden sollte, noch nicht gesprochen werden kann.

Der Gesetzentwurf enthält ferner die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe bis zum Betrage von 277,4 Millionen Reichsmark und weiterhin eine Kreditermächtigung bis zur Höhe von 150 Millionen Reichsmark zum Zwecke der vorübergehenden Stärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichsbahngesellschaft.

Das Haushaltsgesetz wurde darauf angenommen.

Lohnfragen.

Schiedspruch im rheinischen Kohlenbergbau.

Am 13. Dez. Die Bergarbeiterverbände für den rheinischen Braunkohlenbergbau haben eine Lohnherabsetzung von 30 Prozent ab 1. ds. Mts. gefordert. Die Forderung wurde mit den besonders günstigen Arbeitsverhältnissen der rheinischen Braunkohlenindustrie einerseits und der Notlage der Arbeiter andererseits begründet. Die zwischen den Parteien in der vergangenen Woche stattgefundenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Am 11. Dezember fand unter dem Vorherrschen amtlichen Schlichters eine neue Verhandlung statt, in der eine Vereinbarung getroffen werden konnte, welche ab 1. Dezember in Kraft tritt. Die Löhne für Bergarbeiter über 21 Jahre stellen sich danach wie folgt:

Für gelernte Handwerker und Hauer 60 Pfg. pro Stunde.

Für angelernte Handwerker 55 Pfg. pro Stunde.

Für ungelernte Handwerker 50 Pfg. pro Stunde. Die übrigen Löhne ändern sich entsprechend. Nachdem diese Vereinbarung zustande gekommen war, haben die Bergarbeiter die zum 31. Dezember ds. Js. ausgesprochene Kündigung des Schiedsspruches über die Arbeitszeit zurückgenommen.

Schiedspruch für die bergische Metallindustrie.

Am 12. Dez. Durch den staatlichen Schlichter für das bergische Land wurde ein Schiedsspruch gefällt, der die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie von Witten-Ruhrgebiet neu regelt. Für Facharbeiter wurde eine Lohnherabsetzung von 40–60 Prozent, für Hilfsarbeiter eine von 15–18 Prozent, für Arbeiterinnen von 16–35 Prozent festgesetzt. Als Arbeitslohn gilt für Facharbeiter je ein Satz von 54 Pfg., für Hilfsarbeiter von 46 Pfg. und für Arbeiterinnen von 30 Pfg. Das für die Wuppertaler Metallindustrie geltende Uebereinstimmungsabkommen wurde von dem hiesigen Bezirk übernommen.

Die christlichen Gewerksvereine für verkürzte Arbeitszeit in den Kokereien.

Am 12. Dez. Die Gewerksvereine christlicher Arbeiter richteten an das Reichsarbeitsministerium eine längere Eingabe zur Verkürzung der Arbeitszeit in den Kokereien. Die Eingabe fügt sich auf neuerliche Ausführungen des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeit in den Kokereien. Bekanntlich hatte der Reichsarbeitsminister die Wiedereinführung der dreizehnhöchsten Schicht auf den Kokereien für untragbar erklärt. Der Gewerksverein christlicher Arbeiter hat in der Eingabe erklärt, daß die vom Reichsarbeitsminister angeführten Zahlen nicht stimmen. An Hand einer beigefügten Tabelle wird dargelegt, daß die zwei- und dreizehnhöchsten Schicht in den Kokereien sich nachteilig auswirken. Es wird dargelegt, daß die dreizehnhöchsten Schicht in den Kokereien und durchgehenden Betrieben sich höchstens um dreizehnhöchsten steigern würden.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt.

Am 12. Dez. Die Bergarbeiter haben den Schiedspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt. Der Gewerksverein christlicher Arbeiter fügt seinem ablehnenden Bescheid eine längere Erklärung bei, in der

dargelegt wird, daß der Zwangsschiedspruch gegen den Schiedspruch vom 25. November schlechtere Bedingungen enthält. Auch seien für die Bergleute in den südlichen Randbezügen weitere Verschlechterungen eingetreten. Die Verhinderung des Schiedspruches könne unter keinen Umständen als ausreichend angesehen werden.

Die Verpflichtungen des Staates auf Grund der Inkorporation und Säkularisation.

Von Dechant Anton Ries in Belmede-Ruhr.

Die der ehemaligen Benediktiner-Abtei inkorporiert gewesene Pfarrei Belmede verlagte vor einhalb Jahren den Besitzlichen Domänenbesitz auf Zahlung der Gehälter für den hiesigen Kaplan, Küster und Organisten.

Daraufhin machte der Bischof gleich im ersten Termine unter anderem den Einwand, daß er die Kabinetsorder vom 25. Sept. 1834 als Klaggrund nicht erachten könne. Das Reichsgericht habe zwar in seiner bisherigen Rechtsprechung die Gehaltszahlungen bejaht; Geheimrat Dr. Treipel und Prof. Dr. Fürttenau hätten jedoch das Gegenteil bewiesen, und es liege zu hoffen, daß das Reichsgericht demnach seinen Standpunkt ändern würde.

Als der Bischof schon sehr bald befürchtete, daß er zur Zahlung der betreffenden Gehälter verurteilt würde, machte er „vorweg“ die prozeßhindernde Einrede der Ungültigkeit des Rechtsweges geltend. Er begründete dies damit, daß in einem Urteil des Kammergerichtes vom 16. Juni 1923 und in einem Urteile des Preuß. Obergerichtes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte vom 12. Mai 1922 ausgesprochen sei, daß die Kabinetsorder vom 25. Sept. 1834 keine Gesetzeskraft, sondern nur die Bedeutung einer instruktionalen Anweisung seitens des Königs habe. Seine Einrede wurde wohl schneller, als er vermutet hatte, durch Urteil des Landgerichts zu Arnsberg vom 19. Februar ds. Js. abgewiesen.

Da nun diese gerichtliche Entscheidung vorlag, konnte der Bischof gemäß dem Gesetze über die Kompetenzkonfliktsgerichtshöfe vom 22. Mai 1902 (Preuß. Gesetzesammlung 1902 S. 145) den Kompetenzkonflikt, wonach der Prozeß den ordentlichen Gerichten für immer entzogen worden wäre, nicht mehr erheben. Es blieb ihm deshalb nichts anderes übrig, als an das Oberlandesgericht zu Hamm zu appellieren, wo er ebenfalls und zwar gleich im ersten Verhandlungstermine abgewiesen wurde.

Seine Appellation an das Reichsgericht zog er, noch bevor es zu einer Verhandlung kam, zurück.

Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß der Bischof die Revision eines ihm ungünstigen Urteils zurückgenommen hätte, wenn er auch keine oder doch nur sehr geringe Aussicht auf Erfolg hatte. Wenn er sie aber im vorliegenden Falle zurückzog, so lag der Grund offenbar darin, daß er dem Reichsgericht keine Gelegenheit geben wollte, zu der Kabinetsorder vom 25. September 1834 Stellung zu nehmen, was auch die Ansicht unseres Rechtsanwaltes in Belgisch. Da nun diese Entscheidung vorlag, konnte der Bischof gemäß dem Gesetze über die Kompetenzkonfliktsgerichtshöfe vom 22. Mai 1902 (Preuß. Gesetzesammlung 1902 S. 145) den Kompetenzkonflikt, wonach der Prozeß den ordentlichen Gerichten für immer entzogen worden wäre, nicht mehr erheben. Es blieb ihm deshalb nichts anderes übrig, als an das Oberlandesgericht zu Hamm zu appellieren, wo er ebenfalls und zwar gleich im ersten Verhandlungstermine abgewiesen wurde.

An dem Belmeder Prozesse habe ich nämlich den Nachweis geliefert, daß nicht die Kabinetsorder vom 25. September 1834, sondern die Inkorporation bzw. die Säkularisation für die Kirchengemeinden das Klaggrundament bildet. Hieraus haben sie denn auch ihre Rechtsansprüche gefügt und dabei ihr Recht geltend, bevor die Kabinetsorder im „Archiv für katholisches Kirchenrecht“ im Jahre 1888 veröffentlicht wurde, ja noch bevor sie erlassen war. Durch die Gerichte gezwungen oder auch freiwillig ist der Bischof auf Grund der Säkularisation seinen Verpflichtungen gegen die inkorporierten gewesenen Pfarreien damals stets nachgekommen. Erst die Kabinetsorder hat große Verwirrung angerichtet.

Auch jetzt noch bilden Inkorporation und Säkularisation die Fundamente, auf welche die Kirchengemeinden ihre Rechte stützen können.

Durch die incorporatio quoad temporalia ging nämlich das gesamte Stiftungsvermögen einer Pfarrei auf das inkorporierende Kloster über und mit dem Vermögen zugleich auch die auf demselben ruhenden Verpflichtungen, nämlich für den Gottesdienst in der betreffenden Pfarrei aufzunehmen. Hierfür war ja das Vermögen gestiftet und dieser Stiftungszweck mußte erhalten bleiben, weil sonst die Pfarrei ohne Gottesdienst gewesen wäre. Das Kirchenvermögen ging in das Eigentum des Klosters über und bildete mit demselben eine Vermögensmasse. Deshalb ruhte von dieser Zeit die Verpflichtung, für die jeßorlichen Bedürfnisse einer inkorporierten Pfarrei aufzunehmen, auf dem ganzen Klostervermögen. Das Kloster konnte als Eigentümer über die Einkünfte der betr. Pfarrei frei verfügen, soweit sie nicht für die Kultusbedürfnisse nötig waren.

Hier haben wir es aber nur zu tun mit der incorporatio temporalia d. h. mit dem Übergange des Kirchenvermögens und der darauf ruhenden Verpflichtungen auf das Kloster.

Die incorp. quoad spiritualia d. i. plene und plenissima scheidet hier ganz aus. Geistliche Rechte und Pflichten sind infolge der Inkorporation auf das Kloster nicht übergegangen als nur das Recht, bei einer Vakanz den Pfarrei zu präsentieren, welches Recht aber auch von Laien ausgeübt werden kann. Auch blieb die Pfarrei selbstständig bestehen, nur in vermögensrechtlicher Hinsicht verlor sie ihre Selbstständigkeit. Deshalb sind die Folgerungen, die der Bischof aus der „Paragulierungen“, die bei der Inkorporation stattgefunden haben soll und aus dem damit verbundenen Übergange einer „Summe von Rechten und Pflichten“ auf das Kloster zieht, hinfällig.

Sobald ein Staat infolge des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar 1803 ein Kloster aufhob (säkularisierte), gingen selbstverständlich auch die auf dem Kloster vermögen ruhenden Verpflichtungen, also auch die Verpflichtung, für die Kultuskosten der inkorporierten gewesenen Pfarrei aufzunehmen, auf den betr. Staat über. Er wurde Universalnachfolger d. h. es gingen nicht bloß das Klostervermögen, sondern auch die auf demselben ruhenden Kosten und Verpflichtungen an den säkularisierenden Staat über.

Dies wird unter anderem auch bestätigt durch die Kabinetsorder vom 25. September 1834. Sie spricht in ihrer Einleitung von „den aus den Klosteraufhebungen abgetretenen Dotationsansprüchen“, „den aus aufgehobenen Stiften und Klöstern gegen eine Gemeinde zu recht bestehenden Verpflichtungen, die mit Rücksicht auf den Reichsdeputationshauptschluß zu erfüllen sind“, und führt dann die Fälle an, „in welchen die aufgehobenen Klöster oder Stifte gegen irgendwelche Kirchengemeinden Verpflichtungen zu erfüllen haben.“ Die Kabinetsorder ist also nur eine Bestätigung der Verpflichtungen des Staates auf Grund der Säkularisation. Als solche hat sie ja wohl ihre Bedeutung, sie wäre aber auch ganz zu entbehren, und deshalb verhält sie sich für die Kirchengemeinden nichts, ob sie Gesetzeskraft hat oder nicht. Der Streit um sie hat also für die Rechtsprechung wenig Wert.

Freilich brachte der Bischof auch dagegen, daß die Inkorporation und Säkularisation einen Klaggrund für die Kirchengemeinden bilden, eine Anzahl Gründe vor, die ich aber sämtlich widerlegen konnte. Mehrere davon führt er: „roßum in der Begründung der Einleitung des Kompetenzkonfliktes in Sachen der Kirchengemeinde Geseke gegen den Bischof wieder an.“ Es müßten besonders hervorgehoben zu werden, daß die beiden Urteile des Landgerichts Arnsberg und des Obergerichtes Hamm, die die grundsätzliche Bedeutung der Säkularisation und der Inkorporation für die Kirchengemeinden, die aufgehobenen Klöster inkorporiert waren oder in denen die Klöster aus einem anderen Grunde für den Gottesdienst aufkommen mußten.

Da in den beiden Urteilen aber auf die Äkten nur Bezug genommen ist, so werde ich dieselben möglichst bald mit den nötigen Erörterungen herausgeben.

(Vergleiche mit den vorstehenden Ausführungen: Ries, Kirchenbauakt im früheren Kurfürstentum Köln-Schöningh, Paderborn S. 53–59.)

Ausland.

Die „Daily Mail“ Hehe.

Am 11. Dez. Zu den Meldungen des „Daily Mail“ und des „Journal“, über eine angebliche Mitteilung der Militärkontrollkommission an die französische und englische Regierung, erfährt die Z. II. an zuständiger Stelle, daß diese Meldungen falsch

und tendenziös sind. So wird in der einen Meldung ein Fall aufgeführt, der schon 4 Jahre zurückliegt. Das Reichsgericht ist seiner Zeit von der internationalen Kontrollkommission geprüft und genehmigt worden, jedoch sich eine weitere Erörterung der Meldungen erübrigt.

Deutschlands angebliche Rüstungen.

Am 11. Dez. Die „Daily Mail“ führt fort, das Gerede der deutschen Rüstungen mit den von der deutschen Regierung öfter widerlegten Argumenten auch weiterhin an die Wand zu malen. Er kündigt in einem Artikel die Veröffentlichung zweier Artikel eines Spezialkorrespondenten an, die sich mit den fortgeführten geheimen Rüstungen (?) Deutschlands befassen sollen. Die beiden Artikel seien auch eine Erklärung dafür, weshalb der Völkervertrag in der nächsten Woche in Paris eintreffe. Die deutsche Regierung und ihre Beamten und Offiziere hätten die internationalisierte Militärkontrollkommission gebittet, sich von der vollen Ausdehnung der deutschen Kriegsvorbereitungen zu überzeugen. Die Aufstellung des deutschen Generalstabes wäre noch nicht vollzogen. Er bestünde im Gegenteil weiter und arbeite Pläne gegen die Nachbarn Deutschlands aus. Außer der Reichsmehr bestünde noch eine zweite Armee in der Form der grünen Polizei. Die Aufstellung dieser Streiträfte sei wiederholt von Seiten der Alliierten gefordert worden. Aber die deutsche Regierung habe diese Forderung bis jetzt kein Aufmerksamkeitszeichen gezeigt. 5 Jahre nach dem Friedensschluß seien die deutschen Munitionslieferungen noch nicht vernichtet worden. Wenn Deutschland, bis an die Zähne bewaffnet (?), fortführe, den Neuvorhaben zu nähren und Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei zu bedrohen, so verändere es dadurch seine Entwaffnungsmahnahme Englands. Die Lage verlange kategorisch ein vereinigt Borgehen Englands und Frankreichs.

Vom Völkervertrag.

Am 13. Dez. Der Völkervertrag nahm gestern nachmittag eine Reihe von Entschärfungen an. In diesen wird u. a. festgestellt, daß Dänzig auf internationalen Kongressen eine besondere Delegation entsenden kann. An der Ausweisungsforderung wurde die Entscheidung des Oberkommissars vom 1. August 1924, wonach die Ausweisung Dänziger Bürger aus Polen den bestehenden Verträgen nicht widerspricht, aufgehoben. In der Frage der Hafenpolitik, ferner der Verteilung des Materials der früheren preussischen Weichselstromverwaltung zwischen dem Hauptausfluß und Polen, sowie in der Frage der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig empfiehlt der Rat weitere Verhandlungen zwischen den beiden Staaten. Die Entscheidung über die polnischen Ansprüche und das Vermögen mehrerer öffentlich-rechtlicher Körperschaften in Danzig, ferner über die Wirkung der polnischen Ausfuhrzölle in Danzig sowie über die Anerkennung Dänzigs durch Polen als freier Staat wurde auf die nächste Session vertagt. Senatspräsident Sohn sprach den Wunsch aus, daß bei der Einführung einiger Ausfuhrzölle Polen zuvor der Dänziger Regierung Gelegenheit zur Einigungsäußerung geben solle.

Prozeß Haarmann.

Am 12. Dez. Nach dem Arbeitsplan des Reichsgerichts soll die Beweisaufnahme am Dienstag zu Ende geführt werden und am Mittwoch dann die Gutachten und die Plaidoyers des Staatsanwaltes und der Verteidigung folgen, jedoch mit der Urteilsverkündung nicht vor Donnerstag zu rechnen ist. Die heutige Verhandlung beginnt mit der Vernehmung über den Fall Dr. Vries. Haarmann erklärt, daß heute, Dr. Vries getötet zu haben. Dann folgt der Fall Koch zur Verhandlung. Auch hier gibt Haarmann die Tötung zu. Es folgt der Fall Brönstedt. Haarmann befreit den Mord nicht. Am nächsten Fall Sonnenfeld befreit Haarmann die Tötung.

Im Mittelpunkt der weiteren Verhandlung steht ein Verlangen des ermordeten Sonnenfeld. Der Zeuge Krone erklärt, daß den Mantel bei Sonnenfeld gegeben habe. Die Zeugin Frau Engel und Grans haben den Mantel ebenfalls bei Haarmann gesehen. Wians hat den Mantel dann von Haarmann zum Verkauf erhalten.

Darauf tritt eine Mittagspause ein. Nach der Mittagspause wird im Haarmannprozeß der Fall Graf erörtert. Haarmann gibt die Tötung zu. Es handelt sich bei diesem Fall nicht, wie ein amerikanischer Berichterstatter zu melden wußte, um

Die schweigende Frau.

4) Roman von King von Panhuys.

Die andere, fremde und doch bekannte Stimme erwiderte: „Für was man Sie hält, Herr Rhoden, kann für mich nicht in Frage kommen. Ich brauche das Geld für mich, und mit der Erklärung müssen Sie sich zufrieden geben.“

Der Gutsbesitzer rief bestürzt: „Sie sind reich, sehr reich sogar, Sie verfolgen mich mit der Hypothekeneinlösung einen bestimmten Zweck, Treuenberg steht Ihnen im Auge. Sie möchten es billig steigern. Eine große Infamie ist die ganze Geschichte.“ Der andere rief: „Sie werden belächelt und bringen sich damit um den letzten Rest von Mäßigkeit, die ich ebenfalls noch gelbt hätte. Also, Herr Rhoden, ich erwarte die Ablösung der Hypothek am ersten Oktober. Empfehle mich!“

Ulrich hörte ein Klammern, als springe jemand mit schweren Schuhen vorwärts, vernahm ein Keuchen, einen halb unterdrückten Schrei.

Ohne sich zu befehlen, rief sie die Tür zum Nebenzimmer auf, sah zwei Männer miteinander ringen, sah wie Justus Rhodens Rechte würgend um den Hals eines mageren, großen Mannes lag. Dunkelroter Blut vergießte das Gesicht des Quisberns, er schien nicht mehr zu wissen, was er tat.

Blitzschnell wandte Ulrich die Sachlage über Kopf, um mit zwei schnellen Schritten die bei den Ringenden. Ihre Arme hoben sich, ihre schmalen Fingergelenke suchten nach der Kehle des Onkels.

Wie fest die zarten Fingergelenke zupackten in der tödlichen Angst, der Mann, den sie Onkel nannte, konnte im Som zum Würder werden. Ulrichs Augen gruben sich in die häßliche Hand Justus Rhodens, und rief sie vom Halle des Fremden los.

Als ein schwerer Aufschrei ertönte, starrte der Quisber um sich, füllte beinahe verständnislos auf das schmale Gesicht in dem dünnen, düsteren Kleid. Sein Wort sprach Ulrich Walzow, nur ihre Augen blickten und starrten, gaben dem wahnwitzigen Erregten die Bestätigung zurück.

Der Fremde hatte sich inzwischen mit ein paar

raschen Atemzügen erholt, nur ein unordentlich niederhängender Kragen, ein blaues Halstuch, sprachen noch von der häßlichen, eben stattgefundenen Szene.

Ulrichs Blicke richteten sich jetzt voll auf das erregte Antlitz des Fremden, dessen Stimme ihr vorhin bekannt erschienen. Die Stimme war heute nicht zum erstenmal an ihr Ohr gelangt. Sie hing mit einem besonderen Ereignis ihres Lebens zusammen; erinnerte sie sich, aber um was es sich dabei gehandelt, wollte ihr noch nicht einfallen.

Der Mann sah sie jetzt auch an. Hinter halb zugewinkelten Lidern bligte graues, unruhiges Feuer. Und das graue, unruhige Feuer erleuchtete Ulrichs einen Weg, auf dem ihr Denken weit in die Vergangenheit zurückzuwandern mußte. An den Augen erkannte Ulrich den Mann, der ihr heute nicht zum erstenmal begegnete, dem sie jetzt aber nicht völlig unbekannt war, denn jene Begegnung, deren Umrisse ihr immer deutlicher wurden, wie die eines Bildes, an das man immer näher herantritt, lag weit zurück.

Damals war sie noch ein Kind gewesen. Aber der Klang einer leicht hellen Männerstimme war in ihrem Ohr hängen geblieben, ein häßlich klingendes Augenpaar in ihrem Gedächtnis.

Sie straffte sich auf, gab die Hand des Gutsbesizers, die sie bis jetzt unmerklich gehalten, frei, trat einen Schritt auf den Fremden zu.

„Ich möchte Sie um eine kurze Unterredung ersuchen, ehe Sie Treuenberg verlassen“, sagte sie kurz.

Ihr Ton war hart, fast bedrohend.

Die schmalen Lippen unter dem dünnhaarigen melierten Schnurrbart verzogen sich spöttisch.

„Meine Angelegenheit ist hier erledigt. Und wenn Sie, meine Dame, vielleicht glauben, mich mit begünstigten Worten, mit Bitten und Beteilen dazu bringen zu können, die Hypothekeneinlösung zurückzunehmen, dann irren Sie! Herr Rhoden hat durch sein Benehmen jedes Entgegenkommen meinerseits verworfen! Wie ein Blutsauger, wie ein gemeiner Strauchdieb ist er auf mich losgegangen. Selbstverständlich läßt ich diesen förmlichen Liebesfall, der unter gerechter Geschepparaphen fallen dürfte, zur Angelegenheit

gen. Ich denke und hoffe zuversichtlich, die Geschichte wird sich nicht mit einer einfachen Geldstrafe abmachen lassen!“

Justus Rhoden schüttelte dumpf auf. Auch das noch! Er zweifelte keinen Augenblick daran, daß er sich durch seine Heftigkeit eine öde Suppe eingebracht hatte.

Aber Ulrich war zu schade und sein dazu, bei diesem Menschen für ihn zu bitten.

Er wollte eben etwas in diesem Sinne sagen, da brachte ihn die düstergelebbte Schlangengestalt ein wenig vor und ihre Lippen näherten sich dem Ohr des vor ihr stehenden Herrn. Nur ein paar Worte flüster, ten die Lippen, Worte, blitzschnelle Worte, die Justus Rhoden nicht verstand, die aber eine seltsame, eine verblüffende Wirkung erzielten.

Geschweizig und ergeben sprach der harte Gläubiger: „Ich stehe sofort zu einer Unterredung zur Verfügung.“

Ulrich neigte den Kopf. „Gut!“ und zu Justus Rhoden gewandt, bat sie: „Gut, lieber Onkel, ich muß ein paar Minuten mit dem Herrn allein, die Unterredung findet besser ohne Zeugen statt. Das heißt, unterbrach sie sich, um dem anderen gewandt, „wenn Sie wünschen, Herr Rhoden soll bei unserer Unterredung zugegen sein, ich es mir recht.“

Der meiste Schnurrbart über den dünnen Lippen sträubte sich ostentisch. „Nein, nein!“

„Gut, Onkel, warte drüben im blauen Zimmer, ich rufe dich bald!“

Schon hatte Ulrich den Gutsbesitzer zur Tür hinausgeschoben. Und wenn Justus Rhoden auch nichts von dem begriff, was Ulrich eigentlich vorhatte, so ahnte er doch, daß es um sein Wohl und Wehe ging und daß seine Sache in guten Händen lag.

Ein leises Hoffen erfüllte ihn. Er wartete geduldig im blauen Zimmer, wie es ihn Ulrich gegeben. In seinem Kopf ging alles durcheinander. Er fand sich da nicht zurecht. War zu verblüffend war gewesen, welche Wirkung Ulrich mit ein paar flüsternden Worten erreicht hatte.

Wie ein wildes Tier vor seinem Bändiger, so hatte der vorher zu ihm noch so rabiate Herrmann darnach

vor der zierlichen Ulricha Walzow gestanden. Ueber welche geheime Macht verfügte ihre Jugend? So sah er und sann, und mitten aus seinem Gedankensinn rief Ulrich durch ihr Eintreten. Ihr sonst so blaues Gesicht zeigte rosige Farbe, ihre großen Augen leuchteten zu, und das maitte Häßchen um den Mund war wie Sonnenglanz.

Sein Hoffen wuchs, und erwartungsvoll sah er Ulrich an. Er wollte sich erheben, doch die junge Frau winkte leicht mit der Rechten.

„Bleib sitzen, Onkel, es plaudert sich dann angenehmer. Sieh, ich rufe mir einen Stuhl neben den deinen.“

Nun sah sie auch, und mit einer kleinen freudigen Erregung in der Stimme berichtete sie:

„Kannst ganz ruhig sein, Onkel, dein böser Gläubiger hat noch in letzter Minute seine Meinung geändert. Er nimmt die Kündigung der Hypothek zurück. Es ist die selbste auszuweisen wünscht. Er läßt die Zeit, bis nach einer anderen Hypothek umzufragen. Gibt sie dir von seiner Seite unfindbar. Doch rate ich dir, sie ihm, sobald du Erfolge hast, zurückzugeben. Immerhin laß dir Zeit! Morgen schon will Herrmann beim Rost in der Antikast das Rütteln bewirken. Auch denkt er nicht daran, dich zu belangen, weil du ein bißchen heftig zu ihm gewesen bist. Im Gegenteil, er bietet dir um Entschuldigung, weil er dich gereizt hat. Seine schriftliche Entschuldigung folgt.“

Sie holte tief Atem. „Hoffentlich bist du ein wenig zufriedener mit mir, Onkel?“ „Ja, ich bin leicht zufriedener.“

Justus Rhoden hatte wie benommen geblieben. Was redete Ulrich denn nur, das war doch sicher alles Quatsch, Aufschneiderei, die keiner Prüfung standhielt. Denn Herrmann machte dergleichen Zeugnisse nicht. Ulrich mußte ihn falsch verstanden haben. Ihre Unkenntnis geschäftlicher Dinge verdrängte ihn den Gutsbesitzer.

(Fortsetzung folgt.)

ein neu entdecktes Verbrechen, sondern um den seit langem gefassten Mord.

Zum Falle Wolf erklärt der als Zeuge vernommene Vater des Ermordeten sehr ernst, daß die Polizei daran schuld sei, wenn Haarmann solange habe werden können. Der Vorliegende ersucht ihn dringend, sich zu beruhigen. Schließlich wird ihm das Wort entzogen und er muß aus dem Saal entfernt werden.

Am Anschluß an den Fall Wolf folgte eine Auseinandersetzung darüber, ob Wolf am 24. oder 25. Oktober erschossen ist. Haarmann erklärt dazu: „Es kommt bei mir auf einen Fall mehr oder weniger nicht an.“ Der 24. könne es nicht gewesen sein, denn er sei die ganze Woche nicht nüchtern gewesen und am 24. bin ich schon morgens weggegangen. Nachdem ich das Bild gesehen und erfahren habe, wie der Junge ermordet ist, ist es für mich ganz ausgeschlossen, daß ich mich mit ihm abgebeugt habe.“

Zum nächsten Fall Erdner sagte der Zeuge Lungwitsch, er habe Haarmann mit Erdner zusammen gesehen. Auf Befragen habe Haarmann ihm erklärt, er habe Erdner der Polizei übergeben. Haarmann bestreitet im Falle Erdner die Täterschaft.

Am Falle des jungen Brinkmann, den Haarmann auch zugibt, befindet Zeuge Otto, daß er beobachtet habe wie Haarmann zu dem Jungen kam.

Die Verhandlung wird dann auf Sonnabendvormittag 9 Uhr vertagt.

Hannover, 13. Dez. Heute wird als erster Fall Hannapoff verhandelt. Haarmann gesteht den Fall unumwunden ein. Bei der Vernehmung des Zeugen Kriminalassistent Kellner kommt es wieder zu einer Auseinandersetzung über das Verhältnis Haarmanns zur Polizei. Kellner hat einen Hut, der Eigentum des ermordeten Hannapoff gewesen ist, von Haarmann erhalten und kurze Zeit getragen. Er schildert, wie er Haarmann kennengelernt hat und wie dieser wiederholt Dienste als Zuträger geleistet hat. Der Vorliegende fragt den Zeugen, ob er gewußt habe, was Haarmann für eine Persönlichkeit sei. Zeuge: Nein, das habe ich nicht gewußt. Der Vorliegende bemerkt dann noch: Das Gericht ist nicht in der Lage, im Rahmen dieses Prozesses überall zu prüfen, ob die Polizei Pflichtverletzungen begangen hat. Ich kann aber der Presse, in der darüber schon Erörterungen gewesen sind, mitteilen, daß in Bezug darauf Ermittlungen (schieben und daß auch schon in einigen Fällen Disziplinarverfahren gegen Beamte erteilt worden sind.

Der nächste Zeuge, der Friseur Heinrich Eidel, der zur Zeit wegen Hehlerei in Strafbhaft sich befindet, macht einige interessante Angaben über Beobachtungen, die er über das Treiben Haarmanns und Grans auf dem Bahnhof gemacht hat. Die Darlegungen bringen trotzdem im wesentlichen nichts Neues. Der Vorliegende fragt hierauf noch den Zeugen, ob er gesehen habe, daß Grans junge Leute angeprochen und sie dann Haarmann zugeführt habe. Eidel erwidert, daß er einmal gesehen habe, wie Grans im Wartesaal mit einem jungen Mann, der auf einer Holzstange lag, sich sehr lebhaft unterhielt und wie die beiden dann an der Theke des Wartesaals Kaffee tranken. Haarmann sei in der Zwischenzeit in der Lüre erschienen und er habe gesehen, wie Haarmann zu Grans eine abwegende Bewegung machte. Grans ging dann mit dem jungen Mann fort, ebenso Haarmann, den Eidel aber später wieder auf dem Bahnhof sah. Oberstaatsanwalt Dr. Wille: Haben Sie mehrfach Leute auf dem Bahnhof gesehen, die mit Grans sprachen? Eidel: Bei einer Kavali auf dem Bahnhof hat Haarmann umgehört den Wartesaal verlassen.

Auch Grans habe vielfach Verkehr mit Bahnpolizeibeamten gehabt. Darauf tritt eine Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung richtet der Oberstaatsanwalt an Haarmann die Frage, von wem er das Pfefferbrotchen immer gekauft habe, worauf Haarmann ihm die Reihe von Pfefferbrotchen nennt. Vorliegender: Sie haben bisher den Fall Grans immer bestritten. Was sagen Sie heute dazu? Haarmann: Ich habe es nicht gemacht. Vorliegender: Haben Grans und Wittkowski es getan? Haarmann: Grans und Wittkowski wollten einmal mein Zimmer haben. Ich habe es ihnen zur Verfügung gestellt und kam erst am Morgen wieder. Da lag ein Later in meinem Bett; ab das aber Henjes gewesen ist, das weiß ich nicht. Vorliegender: Sind noch mehr Fälle vorgekommen, daß Leute in Ihrem Zimmer lagen? Haarmann: Nur in diesem Falle. Vorliegender: Wo über die Person des Toten können Sie keine Angaben machen? Haarmann: Nein! Vorliegender: Nach dem Wille erkennen Sie den Toten nicht wieder? Haarmann: Nein! Er betont nochmals ganz bestimmt, daß er Henjes nicht umgebracht habe. Der Vorliegende fragt darauf Haarmann, ob Grans und Wittkowski ihm bei dem Fortschaffen der Leiche behilflich gewesen seien, was von Haarmann verneint wurde. Haarmann behauptet, er habe es allein getan. Er vermutet, daß die beiden den Henjes nicht wegen seiner Kleidung umgebracht haben, daß sie wohl einen anderen Grund gehabt haben müßten. Darauf werden noch verschiedene gleichalterige Freunde des Ermordeten als Zeugen vernommen, die diesen alle sehr ordentlichen Menschen schildern.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt die Frage auch auf ein Brillantfrenz, das Grans gehört haben soll. Der als Zeuge vernommene Wöhr gibt an, daß Haarmann Grans wegen dieses Brillantfrenzes beim Polizeipräsidium habe anzeigen wollen. Sie hätten sich aber wieder geeinigt, und es sei nicht dazu gekommen. Dann wird der Zeuge Wittkowski aus der Untersuchungshaft vorgeführt, der nach einem vorgelegten Bild erklärt, Henjes nicht zu kennen. Er kann sich nicht entsinnen, den jungen Mann jemals gesehen zu haben. Vorliegender: Haben Sie jemals in der Haarmannschen Wohnung einen anderen Menschen ausgetrieben und umgebracht? Wittkowski: Nein. Im weiteren Verlauf der Verhandlung betont Haarmann sehr entschieden, daß er auf keinen Fall mit dem Tod des Henjes etwas zu tun habe. Von Wittkowski wird die Angelegenheit so dargelegt, als wenn sich Haarmann an Wittkowski dadurch, daß er ihn als Täter bezeichnete, rächen wolle. Bezüglich der Behauptung Haarmanns, daß er bei verschiedenen Pfefferbrotchen in Hannover Pfefferbrotchen gekauft habe, werden verschiedene Pfefferbrotchen vernommen, die sich aber nicht entsinnen können, daß Haarmann jemals Pfefferbrotchen bei ihnen gekauft habe.

Die Verhandlung wendet sich dann dem Fall Spieler zu. Die Täterschaft bei diesem Mord wird von Haarmann ohne jede Widerrede zugegeben. Der junge Mann wird seit 3. Januar 1924 vermißt. Die auf dem Gerichtstisch liegenden Sachen werden von dem Vater und der Mutter, die während am Zeugen Tisch erscheinen und kaum imstande sind, ihre Aussagen zu machen, als Eigentum ihres ermordeten Sohnes

erkannt. Dann wird der Fall Heinrich Koch behandelt. Die Ermordung Kochs wird von Haarmann ohne weiteres zugegeben.

Die Verhandlung war damit kurz vor 4 Uhr beendet. Fortsetzung Montag 9 Uhr.

Erfinderliste.

Mitgeteilt vom Patentbüro Ingenieur Karl Haller, Biedorf, Schillerstraße 11. Telefon 387.

Patentanmeldungen.

(Einspruch bis 3. Februar 1925 möglich.)

13a, 7. St. 37 493 Pa. 2. u. G. Steinmüller, Gummersbach. Stielrohrgefäß.

20c, 13. G. 61 273. Siegewer Eisenbahnbedarf Akt.-Ges., Siegen. Selbstentlader.

80a, H. 91 848. Willi Heinz, Hammersbach, Dillkreis. Verfahren zur Herstellung von Schlauchsteinen.

Patenterteilungen.

(Bogen erteilte Patente kann während 5 Jahren die Abhängigkeitsklage erhoben werden.)

31c, 407 042. Karl Breitenbach, Siegen. Gührum zur Herstellung von Hartwalzen mit beim Schrumphen der Walze nachgiebigen Kaliberringen.

341, 407 015. Paul Braach, Siegen. Zylinderdeckel für Kochgefäße. Zul. zum Patent 406 317.

Gebrauchsmustererteilungen.

(Einspruch unzulässig, es kann nur die Löschungsklage beim zuständigen Amts- oder Landgericht erhoben werden.)

80b, 890 014. Dr. Wilh. Knorr, Bielefeld. Matrizenpaar für Stahl- und Zellulosematrizen.

47g, 890 347. Albert Knorr, Siegen. Stöpselverschluß für Zapfbühnen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

—! Olpe, 15. Dez. Kaiserhof-Schiffspiele. Wir verweisen auf die beiden letzten heutigen Aufführungen des Films „Wilhelm Tell“. (Siehe Einzelteil.)

10! Olpe, 15. Dez. Rektor Droste f. Am Mittwochmorgen entschlief in Wieschebae sanft und gottgeruhen infolge Altersschwäche einer unserer angesehensten Mitbürger, der Rektor a. D. Heinrich Droste. Der Verstorbene, der ein Alter von 75 Jahren erreicht hat, war geboren am 11. August 1849 zu Olpe, wo er zunächst die Volks-, dann die Rektoratschule besuchte. Im Jahre 1867 trat er in das Lehrerseminar in Bielefeld ein; nachdem er 1870 seine Prüfung mit Auszeichnung bestanden hatte, erhielt er seine erste Anstellung in Alme, Kreis Arnsberg. Von 1876 bis 1919 wirkte er an der katholischen Volksschule in Wieschebae als Lehrer. 1919 wurde er zum Schulleiter ernannt, welches Amt er bis 1920 verwaltete. Sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte er 1920, seitdem lebte er im Ruhestande. Seine besondere Aufmerksamkeit und Arbeitskraft hatte er der Pflanzschulebewegung gewidmet; für die er auch zwei viel gelebte Schriften verfasste. Der Entschlafene war ein eifriger und pflichtbewusster Erzieher, ein edler Mensch und ein Freund, ein aufrechter Charakter und frommer Katholik. Tausende, die einstmal als Schüler zu seinen Füßen saßen, sind ihm zu Dank verpflichtet. Rektor Droste hat ein arbeits- und erfolgreiches Leben vollendet, aber auch viel Schmerz und Trauer erleben müssen. Seine Gemahlin und sämtliche Kinder sind ihm bis auf einen Sohn in die Engeklut vorangegangen. Wöge dieser edle Sohn seiner Sauerländer Heimat, an der er mit allen Tugenden seines Herzens hing, ruhen im Frieden.

—! Olpe, 15. Dez. Aufzug an alle ehemaligen 88er im Reich! Im August 1925 soll in Lüdenscheid i. Westf. der Regimentsmusik der ehem. 88er und der Angehörigen der Truppenteile stattfinden, die aus dem Regiment 88 hervorgegangen sind. Es soll eine hehre Umgebung werden, würdig aller Taten und Ereignisse in unserer Geschichte. 88er selbst schon jetzt durch weitestgehende Versammlung. Sammelt die Abreisen von einzelnen, im Reich zerstreut wohnenden Kameraden, wie auch durch die Bundeszeitung „Der 88er“ bekanntgegeben. Zuschriften erbeten an: Kamerad Emil Dörfling, Lüdenscheid i. W., Mittelstraße 3, oder an Kamerad Fritz Basse, Lüdenscheid i. W., Friedrich-Wilhelmstraße 5.

—! Olpe, 15. Dez. Das neue Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchengemeindegeldes ist mit der Anordnung zur Ausführung des Gesetzes und der Wahlordnung nunmehr publiziert. Die Vorbereitungen zu den Neuwahlen der Kirchengemeinderäte sind ununterbrochen zu treffen, da die Wahlen im Januar oder spätestens Februar feststehen. Das Verzeichnis der Kirchengemeinde wird in Zukunft nur von einem Kirchengemeinderat verwaltet, eine Kirch. Gemeindeverwaltung fällt fort. Der Kirchengemeinderat besteht aus dem Pfarrer, den gewählten Mitgliedern und den auf Grund besonderer Rechtsmittel Berechtigten. Die Zahl der gewählten Mitglieder beträgt in Gemeinden von 6000—15 000 Seelen in Olpe: 24. Dazu kommt der älteste Wähler. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Gemeinde, auch Frauen und Jungfrauen, die 21 Jahre alt sind und seit einem Jahre in der Kirchengemeinde wohnen. Wähler ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag 30 Jahre alt ist. Wenigstens die Hälfte der Mitglieder müssen Männer sein. Die Wahlordnung sieht vor, daß bis spätestens 1 Woche vor der Wahl Wahlloosschläge eingereicht werden können. Gewählt ist, wer mehr Stimmen hat als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen beträgt. Die Wahl ist demnach keine eigentliche Verhältniswahl. Das neue Gesetz bringt den Kirchengemeinden mancherlei Erleichterungen und vereinfacht die Geschäftsführung. Wenn auch bis zum Inkrafttreten einer neuen Geschäftsordnung die vom 15. April 1875 noch in Kraft bleibt, so bedürfen doch auch sie dahin schon die Befehle des Kirchenparlamentes nur in seltenen Fällen der Genehmigung der Staatsbehörde.

—! Olpe, 15. Dez. Mit dem 31. Dezember 1924 verlieren die Bestimmungen der Reichsbahnverwaltung darüber, daß ein Verzeichnis der Jugendpfleger anerkannt ist, unter gewissen Bedingungen Anspruch auf Fahrpreismäßigung hat, ihre Gültigkeit. Diejenigen Jugendpfleger, die berechtigt sind, die Fahrpreismäßigung in Anspruch zu nehmen, haben gegen Rückgabe der alten Ausweisurkunde und Entrichtung einer Ausweisurkundegebühr von 1 Mark die Neuverteilung möglichst bald durch die Stadt- bezw. Ortsausweise zu bewirken. Diese Ausweise werden die Anmeldungen in Listen zusammenzufassen und sie mit den alten Ausweisurkunden und der Ausweisurkundegebühr von 1 Mark an den Kreisverband oder Landrat weiterleiten, der sie nach Prüfung an die zuständige Reichsbahn- oder Privatbahndirektion (Personenverkehrsabteilung) einreicht. Die Listen müssen Namen und Sitz des Vereins, Name und Wohnung des 1. Vorstehenden und die für den Verein in Frage kommende Bahnstation enthalten. Im Interesse der

Jugendpflegervereine liegt es, sich sofort anzumelden, damit das Personenverkehrsamt der Reichsbahndirektion spätestens am 1. Januar 1925 im Besitz der Anmeldung ist. Bei späterer Anmeldung kann die rechtzeitige Bereitstellung der Ausweise nicht erwartet werden. Eine Verlängerung der für 1924 ausgestellten Ausweise wird nicht vorgenommen.

—! Olpe, 15. Dez. Wir möchten an dieser Stelle besonders auf die Bekanntmachung des Elektrizitätswerkes Siegerland über die Einführung neuer Strompreise am 1. Dezember 1924 aufmerksam machen, die hauptsächlich für die größeren Verbraucher besonders Interesse haben werden.

—! Olpe, 15. Dez. In der am 28. November 1924 in Drolshagen unter Vorsitz des Amtmanns Dietmann stattgefundenen Gemeindevorordneten-Sitzung, zu der der Gemeindevorsteher und 11 Gemeindevorordnete erschienen waren, wurde beschlossen: 1.) Da die Brücke bei Reutenhaus so wie sie anfänglich geplant war, nach dem Gutachten des Kreisbauamts zu klein ist, wurde der Kreisbauamts mit der Anfertigung eines neuen Entwurfs beauftragt. 2.) Bezüglich des Begebaues Gipperich-Feldmännchen soll in den nächsten 3 Tagen über die zu gewährenden Zuschüsse mit der Firma Jungmann u. Siebel und den übrigen Anteilseignern verhandelt werden. 3.) Auf den Antrag der Eingekerkerten von Eilingshausen ihnen von dem im Drolshagen Separationsverfahren projektierten Wege Drolshagen-Eilingshausen eine Verbindung nach Eilingshausen zu schaffen, wurde beschlossen, an das Kulturamt heranzutreten, einen Weg von der Sengenaufstraße nach Eilingshausen zu planen. 4.) Bezüglich des Begebaues Gipperich-Brückstraße-Reutenhaus wurde beschlossen, die Denkmäler der Offerten soll in einer bei Albus in Reutenhaus stattfindenden Gemeindevorordnetenversammlung stattfinden, und dann soll über den weiteren Ausbau des Weges beschlossen werden. 5.) Der an der Kistallpforte entlang laufende Weg Reutenhaus-Wörre Weg ist in einem schlechten Zustande. Der Weg ist 3. St. von der Kistallpfortengasse angelegt, aber noch niemals in einem derartigen Zustande gewesen, daß er von der Gemeinde übernommen werden konnte. Veranlassung des Weges, der Gemeindegasse eine Frist bis zum 1. 2. 1925 zu setzen in der der Weg derart in stand gesetzt werden müsse, so daß der Weg von der Gemeinde übernommen werden könne. 6.) Die Fußgängerbrücke bei Herpel soll in eine Fahrbrücke umgebaut werden, wenn die Eingekerkerten von Herpel die Mehrkosten tragen und die angrenzenden Eigentümer den notwendigen Grund und Boden hergeben. 7.) Die Kosten der Ueberdeckung des Wassergrabens bei der Gemeindegasse in Eilingshausen übernehmen die Mehrkosten der Gemeindegasse übernehmen. 8.) Wegen des Begebaues Geringhausen-Siebruch-Rüsch soll mit dem Unternehmer und Rüsch verhandelt werden. 9.) Die Löhne der Arbeiter wurden neu festgelegt. 10.) Wegen Instandsetzung der Brücke bei Eilingshausen soll an den Herrn Landrat in Mittena herangetreten werden. 11.) Da das Haus der Wwe. Wulter in Benolpe teilweise auf Gemeindegut steht, wurde beschlossen, diesen Grund und Boden an den Eigentümer aufzulösen. 12.) Da die Gemeinde in sehr schlechten finanziellen Verhältnissen sich befindet, wurde beschlossen, eine Kommission zur Regelung in Arnsberg zwecks Erwirkung von Beihilfen pp. zu entsenden. Zum Schluss wurden verschiedene Anträge auf Sozialrentnerunterstützungen und Steuererleichterungen erledigt.

Provinzielles.

Hagen, 12. Dez. Ein junges Mädchen überfallen. Gestern abend gegen 6.30 Uhr wurde auf der Hagener Heide ein etwa 17 Jahre altes Mädchen, das zur Kochschule gehen wollte, von einem Unbekannten überfallen und durch einen Hieb über den Kopf verletzt. Durch den Hieb zog sich das Mädchen eine kleine Armverletzung zu. Leider gelang es dem Täter, in dem dichten Nebel zu entkommen.

Münster i. W. Vor 76 Jahre nach der deutschen Diktatorin Heimgang beschloß der Magistrat unversucht einnahm eine Straße nach Münster und des Westfalenlandes größter Tochter Annette v. Droste-Hülshoff-Wille zu nennen. Das man sich endlich zu diesem Entschluß durchrang, wird weit über Münsters Grenzen mit freudiger Genugtuung begrüßt werden. Ihr Geschlecht, wohl das älteste münsterländische Adelsgeschlecht, ist die Jahrhundert hindurch mit der Geschichte und den Geschichten der Stadt tiefst verbunden. Wenn Annette v. Droste am fernsten Bodensee Münster begabte, der heiligste Vaterstadt, wurde sie durch den Sehnsucht und immer mehr in ihren Briefen die Abhängigkeit an Münster wieder.

Wetzlar, 11. Dez. Verlegung des Prozesses vor dem französischen Kriegsgericht gegen die angeblichen Urheber des Mainzer Eisenbahnunglücks. Wegen des schweren Eisenbahnunglücks im Mainzer Tunnel Anfang Oktober sollte gestern vor dem französischen Kriegsgericht gegen den Eisenbahnschaffner Karl Gies aus Weizbach und dem damaligen stellvertretenden Bahnhofsvorsteher des Mainzer Hauptbahnhofes, Mandrin, verhandelt werden. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Verhandlung vertagt, da noch weitere Zeugen, die sich jetzt in Frankreich befinden, vernommen werden müssen.

Regensburg, 12. Dez. Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Regensburg verurteilte den Händler Ruchmann aus Röhren wegen Brandstiftung aus 15 Jahren Zuchthaus und wegen Überlegen des Todes zum Tode. Der Verurteilte hatte das Anwesen seiner Geliebten in Brand gesteckt und sie zur Rache zu ihm zu veranlassen und sie dann später erschossen.

Vermischtes.

Häuser aus Stahl.

In Acton, England, sind Häuser gebaut worden, welche gegen einen Wind von 13 Mark die Woche vermietet werden können. Sie enthalten drei Schlafkammern, zwei Wohnkammern, Badzimmer und Wäscheküche. Die Außenseite ist aus konkreten Blöcken hergestellt mit einer inneren Einfeldung von festen, schmalen Holzbohlen, auf welche Sichtplatten an Stelle von Mörtel und Tapete genagelt sind. Der Luftraum zwischen der konkreten und Stahlblechfassung verhindert Feuchtigkeit und „Ausdehnungen“ eines der Hauptbestandteile aller massiven Häuser. Der Stahl ist mit Wurzeln ausgekleidet, und zwar gibt es über 70 verschiedene Arten. Er wird mit irgenb welcher Farbe überstrichen, die sich der Käufer oder Mieter auswählt. Der Kaufpreis für diese Häuser beträgt jetzt 8000 Mark. Die Miete ist

darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Arbeit von ungeheuren Arbeitern geleistet werden kann. Von vierzig Mann, welche zur Herstellung von zwölf solcher Häuser erforderlich sind, sind nur acht geschult.

* Einen entsetzlichen Tod fand der in Königsberg (Ostpr.) an der Döbberstraße wohnhafte Weidmann. Er geriet in der Dunkelheit in ein nicht neuen einem Schienengleise befindliches Drahtseil, verlor sich nicht zu betreten und wurde, da der Lokomotivführer des auf dem Gleise heranbrausenden Zuges den Unglücklichen zu spät bemerkte, um rechtzeitig bremsen zu können, von der Maschine erfasst und demnach zugerichtet, daß der Tod des im 43. Lebensjahre stehenden Mannes an der Stelle eintrat.

* Die Erfindung der Todesstrahlen ist sehr rasch populär geworden. Ein junger Italiener hat in einem Zirkus in Paris Vorführungen gegeben mit einem kleinen Taschenapparat, mit dessen Strahlen er kleine Objekte zerstört oder antreibt. So entzündete er eine elektrische Lampe, die keine Drähte trug, und zerstörte einen kleinen Ballon mit dem Strahl zu einem und entzündete eine Flamme Pulver aus einer Entfernung von fünf Metern.

Sport.

Sp.-Bg. Olpe 1. Handballm. — Schupo Siegen 1. Handballm. 2 : 6.

Diese Mannschaften standen sich am Sonntag auf dem Kreuze im Weizbachfeld gegenüber. Dem Polizeiverein, der Olpe technisch überlegen war, gelang es gleich im Anfang, das Spiel vor das Tor des Gegners zu tragen. Bald erglitz der Verein den ersten Treffer, den aber Olpe noch vor Ende der Halbzeit ausgleichen konnte. Eine kleine Umstellung, die Olpe nach der Halbzeit vornahm, bewährte sich durchaus nicht. In rascher Aufeinanderfolge ist der Polizeiverein noch 5 mal erfolgreich, während Olpe nur noch einmal einsteckte. Der Polizeiverein verlor ein, geschied den Gegner zu täuschen. Die Spielereinstellung veränderte es oft, den Gegner richtig abgeben. Am meisten verdient bei ihr der Mittelstürmer hervorgehoben zu werden. — Zu dem verabschiedeten Fußball-Weizbachfeldspiel Sp.-Bg. Olpe 1. M. Sp.-D. Plettenberg 1. M. war letzterer nicht erschienen.

Wirtschaftliches.

Kölner Produktpreise.

Weizen inländisch 20—20,60.
Roggen inländisch 20,50—21.
Hafer inländisch 15,50—17,75.
Hafer norddeutscher 21—23,75.
Sommergerste inländisch 23,75—24,25.
Grober Reis 21,50—22.
Kleiner Reis 22,50—23.
Roggenmehl 35—36.
Weizenmehl 36,50—38.
Weizenkleie 13—14.
Zuckerrüben 16,50—17,50.
Weizenheu 16,50—17,50.
Weizenheu gepreßt 10—11.
Kleeheu 11,50—12,50.
Roggenstroh 3,50—3,70.
Haferstroh 2,50—3.
Rohmelasse 9.

Berliner Getreidepreise.

WZB Berlin, 11. Dezember.
Weizen. Wärtischer 21,5—22,1 (fest).
Roggen. Wärtischer 20,9—21,3 (festig).
Gerste. Sommergerste 23,0—25,4.
Buttergerste 19,0—20,0 (fest).
Hafer. Wärtischer 16,8—18,0.
Pommerischer 15,8—17,1 (fest).
Rais 20,3—20,6 (befestigt).
Weizenmehl 29—32,25 (festig).
Roggenmehl 28,75—31,75 (festig).
Weizenkleie 14,30—14,40 (festig).
Roggenkleie 12,50—12,60 (festig).

WZB Berlin, 12. Dez.
Weizen Wärtischer 21,4—32,0 (matter).
Roggen Wärtischer 20,8—21,1 (matter).
Gerste Sommergerste 23,0—25,4 Wintergerste und Futtergerste 19,0—20,0 (festig).
Hafer Wärtischer 16,8—18,0. Pommerischer 15,8 bis 17,1 (festig).
Rais loco Berlin 20,3—20,6 (Hilf).
Weizenmehl 29—32,25 (Hilf).
Roggenmehl 28,75—31 (Hilf).
Weizenkleie 14,00—14,40 (behaupet).
Roggenkleie 12,50—12,60 (behaupet).
Richtmässige Kaufunterstützungen ab Station per 50 kg. Weizen- und Roggenstroh drabigepreß 1.15.
Haferstroh drabigepreß 1.00.
Roggen- und Weizenstroh bindfadengepreß je nach Fruchtlage.
Gebündeltes Roggenlangstroh je nach Fruchtlage.
Heu, gutes 3,35.
Heu, handelsüblich 2,20.
Kartoffeln, weiße 1,80.
Kartoffeln, rote 2,10.
Kartoffeln, gelbe 2,70.

Der Großhandelsindex.

WZB Berlin, 12. Dez. (Drabig). Die auf den Sechstag des 10. Dezember berechnete Großhandelsindex der städtischen Reichsanstalt in Berlin gegenüber dem Stande vom 3. Dezember (128,5) um 0,90 Prozent auf 129,6 gestiegen. Die Lebensmittelpreise haben von 123,4 auf 124,9 oder um 1,2 Prozent zugenommen. Die Lebensmittelpreise für den Lebenshaltungskosten für den 10. Dezember bleibt nach den Feststellungen des städtischen Reichsanstalt gegenüber dem Stande der Vormode (122,2) mit 122,3 nahezu unverändert.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt H. I. Kuehnberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtabteilung: A. B. K. Kademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: A. B. K. K. Krauß, Berlin-Schöneberg.

Eine schöne Seite ist es, sich zu Weihnachten gegenseitig zu beschenken. Das manchem leicht es aber schwer, das Richtige zu wählen. Viel soll es nicht kosten und doch Freude machen. Da greife man zum Nützlichen. Hierzu darf man mit Recht Nagels beliebte Kreuznagelrechner: Nagels'se Wärs, Nagels'se Cuppen in Wärsche und Nagels'se Feilschbrüder. Jedes dieser Produkte bereinigt in seiner Art die Vorräte praktischer Verwendbarkeit. Güte und Billigkeit.

Preiswertes Angebot in Lebensmitteln.

Schmalz 90 Pfg.	Weizenmehl	Zucker	Riesenerbsen 24 Pfg.	Bonbon 0,80 70 Pfg.
Margarine, 1 Pfd.-Pak. 80 Pfg.	schneeweiß 20 Pfg.	fein u. grobkörnig 32 Pfg.	Erbsen, grün 25 Pfg.	Spekulatius 100 Pfg.
Cocosfett, lose 65 "	Auslandsblütenmehl 25 Pfg.	Runkelhonig, 1-Pfd.-Pak. 48 Pfg.	Erbsen, geschält 20 "	Präuterprinten 75 "
Cocosfett, in Tafeln 68 "	Griesmehl, fein 26 "	Rübenkraut 28 Pfg. 18 "	Perlbohnen 28 "	Pfeffernüsse 75 "
Salatöl 120 "	Griesmehl, grob 30 "	Marmelade 20 "	Rangou-Bohnen 18 "	Haselnüsse 75 "
Bäcköl 110 "	Tafelreis 35 "	Pflaumen 60 45 35 "	Hellerlinsen, groß 44 "	Walnüsse 60 "
Gouda-Käse, vollfett 200 "	Rangoureis, Vollkorn 22 "	Sultaninen 1. 70 "	Kornkaffee, 1-Pfd.-Pak. 25 "	Erbsen 50 "
Holländer Käse 130 90 "	Haferfloken 22 "	Eleme-Rosinen 50 "	Malzkaffee, 1-Pfd.-Pak. 25 "	Schokolade, Milch-Block 100 Gr. 25 "
Schweizer Käse 200 "	Graupen 20 "	Korinthen 70 "	Cacao 1,20 "0,90" 70 "	Schokolade Schmelz 30 "
Ementaler, Karton 170 "	Sago 36 "	Risikobohnen 70 "	Kochsalz 5 "	Schokolade Vollmilch 45 "
Roquefort-Käse 200 "	Puddingpulver 42 "	Aprikosen 85 "	Sauerkraut 15 "	Schokolade Milch-Ruß 45 "
	Cocos, geräpelt 70 "	Feigen 35 "		Weihnachtspackung 250 Gr. 1,10 Mr.

Kaffee, nur gute Qualitäten, eigener
Röstung, 4,— 3,60 3,20 2,80

Alle Sorten Obst- u.
Gemüsekonserven sehr preiswert,
Schnitt- u. Brechbohnen 2 Pfd.-Büchse 90 Pfg.
Gemüse-Erbisen 2 " " 55 "

Transparentseife 34 Pfg.
Kernseife 200 Gr. 16 "
Seifenpulver 250 Gr. 16 "

Franz Maiworm : : Olpe.

Feine Lederwaren

Herrentaschen **Damentaschen**
Schultornier **aller Art**
Schultaschen **Einkaufsbeutel**

Bevor Sie Lederwaren kaufen, beschütigen
Sie bitte ohne Kaufzwang meine reichhaltige
Auswahl und die günstigen Preise.

Zigarrenetuis **Reisetaschen**
Brieftaschen **Reisekoffer**
Portemonnaies **Recessaires**

C. Josef Harnischmacher, Olpe.

Für den Gabentisch



Bettträsen

Ist eine Krankheit und kann
nicht durch Prügelei beseitigt
werden.

25jähr. Leiden wurden
in kurzer Zeit von mir geheilt.

Ewald Guntermann,
Naturheilverfahren
Gummersbach, am Rathaus.
13 Jahre am Orte tätig.

Haben

Sie etwas zu färben oder
zu reinigen, dann bringen
Sie selbigen zu
Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße 18.

Bekanntmachung.

Gemäß den Bestimmungen der 3. Steuernotverord-
nung vom 14. Februar 1924, sind Sparanlagen, soweit
sie vor Inkrafttreten dieser Verordnung bestanden und
jetzt noch bestehen,

bis zum 31. Dezember 1924

zur Aufwertung

anzumelden.
Wir erlauben daher unsere Sparrer, diese Anmeldung
bis zum 31. Dezember 1924 bei uns vorzunehmen. Die
Anmeldung kann erfolgen durch Vorlage des Sparbuches
auf der Kasse oder durch schriftliche Mitteilung unter
Angabe der Sparbuchnummer durch Brief oder Postkarte.

Die Kassen sind geöffnet:
Werktags von 8^{1/2} — 1 Uhr vormittags,
von 2^{1/2} — 5 Uhr nachmittags.
Samstag nachmittags sind die Kassen geschlossen.

Städtische Sparkasse Attendorn
Amisparkasse Attendorn
Amisparkasse Bielefeld
Amisparkasse Drolshagen
Amisparkasse Kirchhundem
Städtische Sparkasse Olpe
Amisparkasse Serkenrode
in Finnentrop.

Holzverkauf.

Am Sonnabend, dem 20. ds. Mts.,
nachmittags 2 Uhr,
werden im Gasthof „zum Schwanen“ hier
108 Wagen Knüppel-Holz,
im Tiersfeld gegenüber Stachelaun lagernd, öffentlich
meistbietend gegen Barzahlung verkauft.

Olpe, den 12. Dezember 1924. (H6047)
Der Jahnenschaftsvorsteher.

Bekanntmachung.

Mit Wirkung vom 1. Dezember 1924 begm. von der
diesem Datum vorangegangenen letztmaligen Ableitung
ab gerechnet, werden die

Strom-Preise

wie folgt festgesetzt:
für Licht
bei einer monatlichen Entnahme
bis 100 Kwtd. 40 Pfg. pr. Kwtd.
bis 200 Kwtd. 39 Pfg. pr. Kwtd.
bis 400 Kwtd. 38 Pfg. pr. Kwtd.
bis 600 Kwtd. 37 Pfg. pr. Kwtd.
bis 800 Kwtd. 36 Pfg. pr. Kwtd.
über 800 Kwtd. 35 Pfg. pr. Kwtd.
für Kraft
bei einer monatlichen Entnahme
bis 250 Kwtd. 30 Pfg. pr. Kwtd.
bis 500 Kwtd. 28 Pfg. pr. Kwtd.
bis 1000 Kwtd. 26 Pfg. pr. Kwtd.
bis 2000 Kwtd. 24 Pfg. pr. Kwtd.
über 2000 Kwtd. 22 Pfg. pr. Kwtd.

Olpe, den 12. Dezember 1924. (H6048)
Elektrizitätswerk Siegerland,
S. m. b. H.

Gefang- u. Gebetbücher

empfehlen als passende Weihnachtsgeschenke
Kuegenberg'sche Buchhandlung, Olpe, Bahnhofstraße.



Steinbrücke

Am 11. Dezember ist mir
in dem Jagdbezirk Umring-
hausen-Bremge, eine rei-
gehaltene
Walther Althaus
Helmstadt (Eichfeld) 081

Rheumatismus,

Gicht, Ischias, Ner-
venschmerzen, Glieder-
reizen usw.
Schreibe allen Leidenden
gern umsonst, womöglich schon
in den ersten Tagen von ihren
schmerzhaften Leiden selbst
befreien. Nur Rückmark
ist erkrankt.
Junge legerle
Hühner
offert zu M. 4,50
p. Stück. Bei 20 Stk.
franko. Garantiert
lebende Ankunft.
Josef Koch Wwe.
Weidenau-Elga 112.

Korsetten

in großer Auswahl
und in allen Weiten
sowie nach Maß
empfiehlt
Eduard Harnischmacher
Olpe.

Mütterverein Olpe.

Unser liebes Mitglieb
Frau
Franz Heße,
geb. Schulte,
ist gestorben.
Die Beerdigung findet
statt Dienstag morgen
Um zahlreicher Beteilig-
ung bittet
der Vorstand.

Anzeigen

in dem „S. B.“
haben Erfolg.

Kaiserhof- Lichtspiele

Olpe.
Heute (Montag)
abends 8^{1/2} Uhr
zum letzten Male
das Prachtkunstwerk
Wilhelm Tell
in 7 Akten.
Nachmittags 4^{1/2} Uhr
große Vorstellung
für Auswärtige
und Jugendliche.
Kinder halbe Preise.

Die be-

sten
Hosenträger,
Sportgürtel,
Turnergürtel
finden sie bei
Gebr. Clemens,
Olpe, Martinstraße.

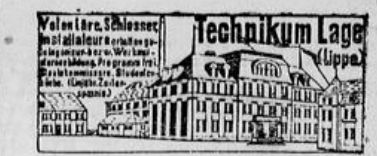
Alle solide Feuerversicherung (mit Neben-
gewinn) lacht für

Altenhunden

rührigen Herrn als

Beretreter.

Bei hohen Provisionen ständige Mitarbeit
durch Geschäftsbearbeiter.
Angebote u. Ab. 1748 an Al. Haasenstein
u. Vogler, Dortmund, Brückstraße 12/14.
(H6045)



Bekannte leistungsf. Großhandl.

techn. Öle u. Fette sucht für Olpe
u. Umg. sol. freib.

Beretreter

mit d. besten Beziehungen z. Land-
kundschaft. Off. unt. Nr. H6001
bef. die Geschäftsst. ds. Bts.

Städtisches Schauspielhaus Hagen i. W.

Montag, 15. Dez., 4-7 Uhr, Schülervorstellung „Wilhelm
Tell“, Schauspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.
Dienstag, 16. Dez., 7^{1/2} — 10^{1/2} Uhr, Reihe A 7.
„Madame Butterfly“ (Die kleine Frau Schmetterling),
Tragödie einer Japanerin.
Mittwoch, 17. Dez., 7-11 Uhr, geschlossene Vorstellung
für den Bühnenvolksbund, Gruppe A, „Madame
Butterfly“.
Donnerstag, 18. Dez., 7^{1/2} — 10^{1/2} Uhr, geschlossene Vor-
stellung für die Berufsleute. „Wilhelm Tell“.
Freitag, 19. Dez., 7^{1/2} — 10^{1/2} Uhr, außer Vormi-
tag, 3. zum letzten Male. „Gudrun auf Island“.
Samstag, 20. Dez., 7^{1/2} — 10^{1/2} Uhr. „Das Dreimäder-
haus“.
Sonntag, 21. Dez., 3^{1/2} — 6^{1/2} Uhr. „Der gefesselte Vater“.
7^{1/2} — 10^{1/2} Uhr, außer Vormi-
tag. Preis 3. „Madame
Butterfly“.

TRIKOTAGEN UND SÄMTLICHE MANUFAKTURWAREN

verkauft ich in erster Qualität zu billigen Preisen.
Besonders günstig i. mein Angebot in:

Herren-Normal-Hemden
mit und ohne Einsatz
Herren-Hautjacken
Herren-Normal-Unterhosen
Herren-Trikot-Unterhosen
Biber-Hemden für Herren u. Damen
Damen-Reform-Unterhosen
JOSEPH STAHL : - : OLPE Martinstraße 14.
Damen-Schlupfhosen
Damen-Trikothemden (weiß)
Damen-Hautjacken
Kinder-Unterzeuge (Leib u. Seele)
Gestrickte Damenwesten (reine Wolle)
Blaue Arbeiter-Joppen u. Hosen